

Haushaltseinbringung am 11.12.2023

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

gemeinsam mit unserem Kämmerer lege ich Ihnen heute einen Haushalt vor, der wie auch in den vergangenen Jahren, unter besonderen Vorzeichen steht. In diesem Jahr sind diese Vorzeichen jedoch mit einigen Ausrufezeichen versehen, denn die Beratungen für den Haushalt 2024 sind wegweisend für die Zukunft unserer Stadt, insbesondere in schwierigen Zeiten.

Klimawandel, Corona-Pandemie, der Konflikt im Nahen Osten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energiekrise, große Fluchtbewegungen, Inflation, sich verstärkende Spannungen zwischen Staaten weltweit, ein auch in Europa zunehmender Nationalismus: die Welt befindet sich im Dauerstress, in einem anhaltenden Krisenmodus, der immer mehr Menschen erschöpft und ganze Gesellschaften verunsichert.

Der Krisenmodus ist so allgegenwärtig, dass das Wort „Krisenmodus“ von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) sogar zum „Wort des Jahres“ gekürt wurde. Zur Begründung gab die Jury am vergangenen Freitag in Wiesbaden bekannt: In diesem Jahr schienen die Krisen und ihre Bewältigung zu kulminieren. Um einen Satz des Vizekanzlers zu modifizieren: Wir sind umzingelt von Krisen. Der Ausnahmezustand sei zum Dauerzustand geworden. Gefühle wie Unsicherheit, Ängste, Wut, Hilflosigkeit und Ohnmacht prägen den

Alltag viele Menschen. Linguistisch sei eine zunehmende sprachliche Radikalisierung im öffentlichen Raum zu bemerken.

Unter den Top 10 der Wörter des Jahres in Deutschland 2023 sind:

- Krisenmodus
- Antisemitismus
- Leseunfähig
- KI-Boom
- Und Migrationsbremse

„Die Liste spiegelt die Realität wider, und die Realität ist derzeit ziemlich düster“, sagte die GfdS-Geschäftsführerin Andrea Ewels.

Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Als einziges Industrieland befindet sich Deutschland in einer Rezession. In Nordrhein-Westfalen spüren wir diese Belastung besonders stark, insbesondere aufgrund der hohen Energiepreise, die auch unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft belasten. All das wirkt sich erheblich auf die kommunalen Finanzen aus.

Ich will ganz ehrlich sein – in sogenannten „düsteren Zeiten“ wie diesen, im Krisenmodus, ist es alles andere als einfach eine Haushaltsrede vorzubereiten.

„Sicher ist, dass nichts sicher ist“ - das wusste schon der deutsche Schriftsteller und Kabarettist Joachim Ringelnatz, dessen berühmtes Zitat zu trauriger Aktualität gelangt ist. Denn niemand kann derzeit vorhersagen, wie sich unsere wirtschaftliche Situation (und dabei insbesondere die Energiepreise, Versorgungslage und Inflationsrate) angesichts des anhaltenden Ukraine-Krieges und des Krieges in Israel weiterentwickeln – und welche äußeren Einflüsse unser Haushalt dadurch ausgesetzt sein wird. Zumindest aber müssen sich die Top 5 Themen bzw. Wörter des Jahres auch in der Haushaltsplanung

wiederfinden, damit das von uns zu verwendende Geld zielsicher eingesetzt wird, um den Krisenmodus möglichst schnell wieder zu verlassen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Lage der öffentlichen Haushalte ist in vielen Kommunen schwierig. Die Politik von Bund und Land bürdet Kommunen immer neue Lasten auf, ohne für deren ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. Hohe Tarifabschlüsse für die kommunalen Beschäftigten und dauerhafte Mehrausgaben für Integration und Unterbringung von Asylsuchenden belasten die Haushalte. „Die schwarze Null“ ist in weite Ferne gerückt. Und das, obwohl, das Gesamtvolumen dieses Haushalts insbesondere im Ertrag das höchste in der Geschichte der Stadt Ahlen ist. Gesamterträgen in Höhe von 180,25 Millionen Euro stehen Gesamtaufwendungen in Höhe von 188,92 Millionen Euro gegenüber.

Rückgrat des Haushaltes ist und bleibt auf der Ertragsseite die Gewerbesteuer. Dank ihrer diversifizierten Wirtschaft und der noch immer positiven Konjunktur nutzen unsere Unternehmen die Vorzüge des europäischen Freihandels. Mit knapp 41,31 Millionen Euro veranschlagt der Kämmerer die Gewerbesteuereinnahmen im kommenden Jahr. Den Ahlener Unternehmen mit ihren fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich hierfür in unser aller Namen danken. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz wären die Aussichten auf die nächsten Planungsjahre andere.

Als weitere Einnahmepositionen sind zu nennen, die Schlüsselzuweisungen mit knapp 32,87 Millionen Euro, gefolgt vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit gut 21,99 Millionen Euro die Grundsteuern A und B, die gut 10,4 Millionen Euro in die Stadtkasse einspielen. Nach Lage der Dinge werden wir auch trotz des

kritischen Umfelds, im neunten Jahr in Folge die Steuern in Ahlen auf stabilem Niveau konstant halten.

Das pflichtbewusst und wirtschaftlich kalkulierende städtische Management erlaubt es daher auch, die Gebührenhaushalte weitestgehend unangetastet zu lassen. Meinen Dank an dieser Stelle auch an die Kolleginnen und Kollegen der Ahleener Umweltbetriebe, die mit ihrem unermüdlichen, persönlichen Einsatz erheblich zur Gebührenstabilität und einem sauberen, ansprechenden Stadtbild beigetragen haben.

Das Stadtbild wird natürlich aber auch geprägt, von den dringend erforderlichen Investitionen in die Transformation der Infrastruktur. Gerade im Krisenmodus ist es dringend erforderlich, dass wir in die Zukunft unserer Stadt investieren. Antizyklische Investition – ist nach der gefestigten Ansicht unseres Stadtbaurates – dabei der Schlüssel zur ökonomisch sicheren Umsetzung von Großprojekten.

Insoweit führen wir mit diesem Haushaltsplan bereits beschlossene Großprojekte wie den Neubau des Stadthauses und als weiteren Schritt, die Realisierung des Bürgercampus selbstverständlich durch. Die Theresa-Münsterteicher Schule wird weiter umgebaut. Und dann stehen im Bereich Straßenbau Investitionen in Höhe von ca. 50 Mio. € an. Dazu gehört die Osttangente, für die im nächsten Jahr über 11 Mio. Euro, in 2025 9,9 Mio. € und in 2026 nochmal 2,7 Mio. € veranschlagt sind, der Straßenbau Ostdolberg (1,4 Mio. Euro). Der Ausbau des Reststückes Eckener Straße ist mit 850.000 Euro, der Straßenbau Handkamp mit 800.000 Euro und der Straßenbau „Im Nonnengarten“ mit 605.000 Euro eingeplant.

Ziemlich große Summen. Und dann komme ich und sage Ihnen: Die Situation der kommunalen Haushalte war noch nie so schwierig wie heute. Wir müssen sparen und den Gürtel enger schnallen. **JA Aber!** Wir müssen das mit Bedacht und mit Verstand tun!

Denn – das ist die Krux an der ganzen Geschichte – natürlich können und müssen wir jetzt sparen. Ich bin mir sicher, Der Kämmerer wird viele Punkte finden, wo wir radikal den Rotstift ansetzen könnten. Immerhin, sind es – nach Abzug des globalen Minderaufwandes - insgesamt noch 5.87 Mio. Euro im städtischen Haushalt, die wir im Minus sind.

Aber – und davor muss ich dringend warnen – wir dürfen uns ganz salopp gesagt, nicht „kaputt sparen“. Wir müssen vor allem langfristig in Qualität und Nachhaltigkeit investieren. Vor Ort, in unserer Kommune, wird die Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar, daher müssen wir weiter handlungsstark, sichtbar und positiv wahrnehmbar bleiben und auch weiter für gute und gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Deshalb investieren wir im kommenden Haushaltsjahr rund 94 Millionen Euro in Bildung und Infrastruktur. Das mag paradox klingen: Die Stadt beklagt sich über die finanzielle Ausstattung, aber investiert. Und das auch noch in einer Höhe – von fast 100 Millionen Euro. Das ist die Investitionssumme der restlichen Kommunen im Kreis und der Kreisverwaltung zusammen. Dieses Geld ist eine wichtige Investition in die Zukunft dieser Stadt und erzeugt im Gegenzug Effekte, die mit Geld allein nicht aufzuwiegen sind. Dazu bedarf es einer Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Mitteln, und – auch daran hapert es gewaltig – mit ausreichenden Rechten. Davon hängt nicht weniger als die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und der Kampf gegen Radikalisierung und Antisemitismus ab. Wir befinden uns in einem

fundamentalen Transformationsprozess und wir dürfen nicht mehr in den Schablonen des Gewohnten denken.

Nehmen Sie die Investitionen in den Straßenbau: Die sind unabdingbar. Zum einen müssen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger die Lebensqualität und Mobilität verbessern und wenn das mit Hilfe einer Ortsumgehung geschehen kann, dann ist das ein sehr probates Mittel dafür. Mit der Verbesserung der Infrastruktur verbessern wir aber auch die Bedingungen für Unternehmen. Oder die Entwicklung der Gewerbeflächen. Wer meint, wir bräuchten nicht mehr Gewerbeflächen, sondern eher weniger, der sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Die Leistungskraft von Wirtschaft und Arbeit der Unternehmen und Beschäftigten stellen das Fundament unserer finanziellen Bewegungsfreiheit da. Betriebe, die bereits in Ahlen ansässig sind, bekommen damit keinen Grund sich nach anderen Standorten umzuschauen und das eine oder andere externe Unternehmen sieht Entwicklungsmöglichkeiten in Ahlen und siedelt sich bei neu uns an. Gute Beispiele gibt es dafür im neuen Gewerbepark Olfetal. An dieser Stelle meinen Dank an die WFG und Pro Ahlen für ihre unternehmerfreundliche Arbeit.

Ich möchte Ihnen aber auch das Stadthaus als wichtiges Investitionsbeispiel nennen: rund 40 Millionen Euro sind für den Bau eingeplant. Ja, wir werden alles daran setzen, dass der Bau im Zeit- und Kostenrahmen bleiben wird. Nur mit Hilfe des Neubaus können wir mittelfristig das aktuelle Rathaus, welches eine wahre Energie- und Kostenschleuder ist, ersetzen. Durch die zahlreichen Leckagen und undichten Stellen war nach dem Starkregenereignis im Herbst der Aufzug defekt und wir mussten erneut eine fünfstellige Summe aufwenden, nur um das wieder zu reparieren.

Noch wichtiger ist aber der Faktor Mensch bzw. Mitarbeiter an dieser Stelle. Die Stadtverwaltung auch einer der größten Arbeitgeber in Ahlen. Damit sind wir verantwortlich für unsere 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Rathaus, mit der defekten Klimaanlage, der undichten Fassade und den zahllosen anderen Mängeln, möchte bald niemand mehr arbeiten. Und die, die es bislang aushalten, sind leider häufig gesundheitlich beeinträchtigt. Insofern ist das neue Stadthaus für uns absolut notwendig, um Fachkräfte hier vor Ort halten und neue gewinnen zu können. Wie ganz Deutschland sind wir auch in Ahlen mit dieser zentralen Zukunftsfrage konfrontiert: Wie kann es gelingen, ausreichend Fachkräfte zu gewinnen? Sei es in Kitas, in Schulen, in vielen Bereichen der allgemeinen und der technischen Verwaltung und in städtischen Beteiligungen. Der durch den demografischen Wandel verursachte Fachkräftemangel ist in der Realität der Verwaltung und damit im alltäglichen Leben angekommen. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung weiter dynamisiert. Damit die Bearbeitung eines neuen Personalausweises nicht plötzlich ein halbes Jahr dauert, oder der Bauantrag hiesiger Architekten Ewigkeiten liegt oder auch, damit unsere IT-Abteilung arbeitsfähig ist, damit wir mit dem KI-Boom mithalten, brauchen wir guten Nachwuchs und erfahrene Fachkräfte.

Apropos IT-Abteilung und KI-Boom. Was passiert, wenn eine kommunale Verwaltung von professionellen Computerkriminellen angegriffen wird und die IT einer Verwaltung nicht ausreichend Mittel hat, um sich zu verteidigen und die Cyber Sicherheit zu schützen? Das können wir gerade bei unseren Nachbarkommunen im Sauerland oder auch in der Soester Börde beobachten. Aktuell sind rund 100 Kommunen vom Hackerangriff auf die ‚Südwestfalen-IT‘ betroffen.

Wenn die betroffenen Verwaltungen „Glück hatten“, dann sind nur einzelne städtische Dienste beeinträchtigt. Die Stadt Ahlen ist Partner des Münsteraner Unternehmens Citeq. Auch diese hat täglich, hunderte Angriffe zu verzeichnen und abzuwehren. Aktuell noch mit Erfolg, aber es ist nur eine Frage der Zeit. IT-Experten zum Thema Cyberangriffe verbreiten aktuell Sorge mit dem Ausspruch, „es ist nicht die Frage, ob eine Stadtverwaltung angegriffen wird, sondern wann!“

Schauen wir einmal zurück auf das Jahr 2021: der Landkreis Anhalt Bitterfeld war Opfer der ersten so genannten Cyber Katastrophe. Die Verwaltung wurde aus dem eigenen System ausgesperrt. Über Wochen war es nicht möglich Sozial- und Unterhaltszahlung auszuführen. Die Menschen, die dringend auf die Hilfe der Verwaltung angewiesen sind: Ohne finanzielle Mittel – hilflos. Die Verwaltung? Auch hilflos.

Erst Mitte des vergangenen Jahres war die Infrastruktur im Landkreis Anhalt Bitterfeld einigermaßen wiederhergestellt. Die Kosten für den Landkreis? In Millionenhöhe. Und dass, meine verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, ist ein Szenario, das möchte ich für Ahlen unter allen Umständen vermeiden. Daher sind die Kosten für den Bereich IT Sicherheit deutlich gestiegen. Er beinhaltet Versicherungskosten, Beratungskosten und Präventivmaßnahmen, die wir als Teil der „kommunalen Krisenintervention“ weiter vorantreiben werden.

Und gerade beim Thema IT-Sicherheit haben wir ein wichtiges Gut, welches ebenfalls mit Geld nicht aufzuwiegen ist: Vertrauen. Dieses Vertrauen, welches die Menschen in uns als Kommunalverwaltung haben, dürfen wir nicht verspielen.

Kommen wir zurück zu den Investitionen in die Zukunft. Unser elementares Thema: Förderung der Kinder und Jugendlichen. Zur Erinnerung: Top 3 der Wörter des Jahres war „leseunfähig“.

Ein weiterer, in der Tat, großer Betrag geht in die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Bildungslandschaft. Wir werden im kommenden Jahr 8,76 Mio. Euro in die Therese-Münsterteicher-Gesamtschule investieren. Davon wird das komplette Gebäude der ehemaligen Bodelschwingschule kernsaniert und schulisch integriert. Im Moment laufen der Abbruch und die Schadstoffsanierung. In den Sommerferien 2025 wird der erste Bauabschnitt dann fertig sein und die fünften und sechsten Klassen können in neuen Räumen am neuen Standort einziehen, so dass dann die Oberstufe die Räumlichkeiten an der Sedanstraße für die eigenen Lernbedürfnisse zur Verfügung hat.

Bildung bedarf aber nicht nur solider Gebäude, in denen Bildung stattfindet: Auch die Ausstattung der Gebäude selbst spielt eine mindestens ebenso große Rolle und soll den Lernerfolg unterstützen. Die Stadt Ahlen investiert insgesamt 10,98 Mio. Euro für die Ausstattung von neuen Fachräumen, Schulmöbeln, digitaler Infrastruktur und neuer Schulspielplätze. Nur so, meine Damen und Herren, können wir unseren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich auf den rasant ändernden Arbeitsmarkt der Zukunft vorzubereiten. Eine Arbeitswelt in welcher der Umgang mit PC, Tablet und Smartphone neben den Grundlagen „Schreiben, Rechnen und Lesen“ selbstverständlich ist.

Auch das Schulbudget, das heißt die freien Mittel, die die Bildungseinrichtungen für Arbeitsmaterialien zur freien Verfügung haben werden von uns ebenfalls um 15 Prozent erhöht. Das halten wir, trotz der finanziellen Schwierigkeiten, weiter aufrecht. Außerdem wird der Ausbau der Angebote im Bereich es offenen und gebundenen

Ganztages kontinuierlich fortgesetzt. Der Bundeszuschuss für den Ausbau der OGS wird vollständig zur Förderung der Ausstattung und zusätzlicher Angebote eingesetzt.

Insbesondere im Kita Bereich haben wir gemeinsam mit dem Fachbereich 5 und dem ZGM herausragende Arbeit zur Sicherung und Umsetzung des Rechtsanspruches geleistet. Im Kita-Jahr 2014/2015 hatten wir in Ahlen 1.624 Kita Plätze und ca. 50 Tagespflegeplätze, im Kita-Jahr 2023/2024 werden wir 1.970 Kita-Plätze und ca. 195 Tagespflegeplätze vorhalten. Somit haben wir insgesamt ca. 500 Betreuungsplätze mehr zur Verfügung gestellt, als noch vor 10 Jahren! Dazu muss man sehen, dass wir durch Ersatzbaumaßnahmen auch viele Plätze gesichert haben. Das wird immer gerne vergessen und als selbstverständlich angesehen. Das sind große Maßnahmen, die aber nur wenige oder keine neuen Plätze bringen. Als Beispiel einer erfolgreichen Maßnahme sei der Kindergarten Wetterweg genannt: Vor dem Neubau hatten wir dort vier Gruppen plus eine Containergruppe. Im Neubau haben wir jetzt sechs Gruppen. Also nur eine Gruppe – und da es eine GF II Gruppe ist nur 10 Kinder – mehr, aber es war eine riesengroße bauliche und logistische Maßnahme. Ähnlich wird es bei den Einrichtungen Kigaro und Milchzahn auch laufen. Zudem werden zusätzliche Angebote durch neue Kitas und zusätzliche Gruppen in den vorhandenen Kitas geschaffen (z.B. Menzelstraße, St. Gottfried). Insoweit setzen wir Baumaßnahmen im Bereich von Schule und Kita auch weiterhin mit Vorrang um und wollen in den kommenden Jahren rund 85 weitere neue U3- und Ü3-Kitaplätze schaffen. All das machen wir gerne, denn die Zukunft der Kinder ist auch unsere Zukunft. Eine kooperative Investition in die Familienfreundlichkeit unserer Stadt, die uns mit hoher Rendite in kommenden Jahren und Jahrzehnten zugutekommen wird.

Von der Geburt bis zur Berufsausbildung reicht die Spanne der Maßnahmen, die trägerübergreifend in der Präventionskette zusammengefasst und miteinander verschränkt sind. Wir steuern als Stadt Ahlen gerne diese innovativ-effiziente Vernetzung unserer lokalen Akteure, um gemeinsam mit unserer ersten Beigeordneten, Frau Kosbab, Verantwortung zu übernehmen. Alle Kinder und Jugendliche sollen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder dem Wohnquartier gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und Lebensbedingungen haben. Erziehende sollen gestärkt und zu einem eigenverantworteten Leben befähigt werden.

Trotzdem sind die Investitionen, insbesondere auch die Betreuung und der Betrieb dieser Einrichtungen, mit erheblichen, finanzielle Belastungen verbunden. Bund und Land haben viele tolle Ideen, wie die Betreuung in Kitas und Kindergärten besser werden soll. Nur leider fehlen Bund und Land in diesem Zusammenhang auch die Ideen, wer das wie bezahlen soll. So bekommen wir an Mitteln nur noch rund 30 Prozent der Ausgaben. Gleichzeitig ist uns hier aber allen bewusst, dass die Betreuung für Eltern noch bezahlbar sein muss. Alles wird teurer und teurer, da wollten wir die Familien zumindest in diesem Punkt entlasten. Also haben wir die Beiträge für Eltern gesenkt. Aber – und da haben wir wieder die Krux: Weniger Geld von Bund und Land sowie weniger Geld von den Eltern bei gleichzeitig steigenden Ausgaben macht leider höhere Ausgaben der Stadt.

Fakt ist auch in diesem Bereich: wir brauchen dringend mehr Unterstützung von Land und Bund!

Ja, das sind hohe Investitionen und die meisten müssen wir als Kommune alleine stemmen. Aber lassen sie mich an dieser Stelle eine Aussage von John F. Kennedy zitieren: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung. Keine Bildung.“

Das soziale Ausgaben sich aber durchaus rechnen, wenn man bei sozialen Leistungen von rechnen überhaupt sprechen möchte - das zeigt sich auch an den Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften von Menschen aus der Ukraine. Unsere Bemühungen im Zuge der Integration funktionieren: In Ahlen ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von Menschen aus der Ukraine zur Hälfte geringer, als im kreisweiten Vergleich. Das sind Werte, die mich vorsichtig optimistisch stimmen, aber auch klar zeigen, dass bei all den Kosten und Mühen sich durchaus Effekte, insbesondere bei der Integration, zeigen.

Noch können und vor allem wollen wir die verschiedenen, vielfältigen freiwilligen Leistungen in Sport, Kultur und Sozialbereich anbieten. Weil wir unserer Verantwortung gegenüber den Familien, den Kindern, den Bürgerinnen und Bürgern aber auch den Mitarbeitenden hier bewusst sind. Aber das können wir, wenn es so weiter geht, nicht mehr lange. Die gegenwärtige Situation ist geprägt von einer beispiellosen Kumulation von Herausforderungen. Daher haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes zusammen einen Brandbrief an Ministerpräsidenten Hendrik Wüst geschrieben, in dem wir ihm die bedrohliche Situation der Kommunen und Gemeinden deutlich gemacht haben. 40 Prozent der ordentlichen Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes erwarten den Gang in die Haushaltssicherung. Weitere 20 Prozent konnten, Ende September, noch nicht absehen, ob der Schritt in die Haushaltssicherung noch abwendbar ist. Wie sie sehen – Ahlen hat nicht alleine das Problem der steigenden Ausgaben.

Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen

Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordert die kreisangehörigen Selbstverwaltungsträger. Bund und Land sind jetzt gefordert, Schaden von der kommunalen Selbstverwaltung abzuwenden.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen beispielhaft noch einige weitere kommunale Überbelastungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung von Bund und Land nennen:

- Da sind die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit sowohl des hauptamtlichen als auch des ehrenamtlichen Engagements ohne erkennbare Aussicht auf Neuordnung des Zuwanderungsgeschehens. Klar ist: Wir werden nie einen Zweifel daran lassen, dass wir zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Aber seit Monaten appellieren Kommunen und Länder – über alle Parteigrenzen hinweg – an Bund und Land - endlich wirksame Schritte einzuleiten, um den Verwaltungen und Ehrenamtlern die Möglichkeit zu geben, auch ihrer Verantwortung und Hilfsbereitschaft gerecht zu werden. Die Grenzen des Möglichen bei der sinnvollen und humanen Unterbringung von geflüchteten Menschen sind für die Kommunen erreicht. Die vom Bund zugesagten 7500 Euro pro Kopf reichen bei weitem nicht aus. Es müssten mindestens 20000 Euro sein. Die Kosten der Unterkunft müssen uneingeschränkt vollständig vom Bund übernommen werden.
- Da wäre der unzureichend finanzierte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich oder auch die kontinuierlich steigende Umlagebelastung der kreisangehörigen Städte und

Gemeinden infolge der Kostenstrukturen der Landschaftsverbände und der Kreise ohne wirkungsvolle Rechtsschutzmöglichkeit.

- Dazu ist die finanzielle Beteiligung von Bund und Land an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen absolut unzureichend.
- Auch die Aufwendungen mit Blick auf Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen sind unüberschaubar. Dazu kommt noch die Verpflichtung zur Erstellung einer kommunaler Wärmeplanungen. Im Rahmen des Klimaschutzes und der Förderung des öffentlichen Nahverkehrs ist die Zukunft des Deutschland-Tickets zum Beispiel nach wie vor ungewiss, was an der bislang unregelmäßigen Finanzierung von Bund und Land liegt.

Insoweit bin ich sehr froh, dass wir unserer Stadtwerke als starken, verlässlichen Partner an unserer Seite haben. Es sind die Stadtwerke mit Dr. Alfred Kruse an der Spitze, die Ahlen – salopp gesagt – am Laufen halten. Auch und gerade in Krisenzeiten! Es zahlt sich aus, einen Versorger zu haben, der sich mit der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern eng verbunden fühlt. Die klassischen Geschäftsfelder Gas, Wasser und Strom werden zunehmend ergänzt durch Krisenvorsorge und die digitale Infrastruktur. Die Stadtwerke sind Partner, wenn die Gewerbegebiete, der ländliche Raum und die „sog. Grauen Flecken-Bereiche“ in den nächsten Jahren Glasfaser-Anschlüsse bekommen. Mit den Stadtwerken werden wir auch nach den Jubiläumsfeiern zum „125. Jahrestag“ die Energiepolitik in Ahlen in die Zukunft führen. Der Klimaschutzplan „Ahleener Weg 2030“ bleibt unsere Orientierung für das Machbare und Notwendige. Schon in Kürze werden wir in Ahlen durch den Zubau von Photovoltaik- und

Windkraftanlagen so viel grünen Strom aus nachhaltigen Quellen produzieren, wie wir vor Ort selbst verbrauchen. Ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Schritt in die angestrebte Klimaneutralität! Ein klimafreundlicher Lichtblick in all den Krisen!

Meine Damen und Herren, bekanntlich bietet jede Krise auch neue Chancen. Ich sehe diese Chancen in erster Linie darin, dass wir uns auf unsere 800 jährige, erfolgreiche Historie besinnen und die wesentlichen Maßnahmen der Weiterentwicklung unserer Stadt für die Zukunft konzentrieren. Auch die aktuell notwendige Bereitschaft, Ideen zu entwickeln und neue Wege zu wagen, um mit einem hohen Maß an Kreativität die Aufgaben und Herausforderungen mit knapperen Mitteln zu realisieren, kann zu einem Neudenken und zu einem Umdenken führen, das nicht nur in Zeiten knapper Kassen optimierte Ergebnisse mit sich bringen wird.

Mein Appell an Sie alle:

Haben Sie den Mut, die Prioritäten auszuloten, dort wo es möglich und vertretbar ist auch einmal gnadenlos auf die Bremse zu treten und den Bürgerinnen und Bürgern ungeschönt zu eröffnen, was die aktuelle Haushaltslage zulässt, aber auch ganz konkret zu sagen, was nicht geht.

Ich bitte Sie – denken Sie daran: Miteinander können wir viel erreichen. Gegeneinander bedeutet sehr oft Stillstand und schadet unserer Stadt Ahlen. An dieser Stelle möchte ich dem Rat, den Mitgliedern der Fraktionen, den Einzelratsmitgliedern und den sachkundigen Bürgern ein ganz persönliches Kompliment aussprechen. Trotz der schwierigen Zeiten und der angespannten

finanziellen Situation erlebe ich aktuell ein Zusammenrücken, ein wirklich gutes, konstruktives, zielorientiertes und faires Miteinander! Vielen Dank dafür, auch im Namen des Verwaltungsvorstandes und der Fachbereichsleiter!

Mit diesem Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute zur Beratung vorlege, legen wir Antworten auf die drängenden Fragen unserer krisengebeutelten Zeit vor. Unsere Aufgabe ist es, für unseren Zukunftsentwurf zu werben und auch diejenigen zu überzeugen, die sich aktuell von den Menschenfängern an den extremen Rändern verführen lassen.

Wir sollten uns trotz der dauerhaften Debatten über die Krisen in der Welt nicht orientierungslos und handlungsunfähig machen lassen. Das Wort des Jahres 2023 „Krisenmodus“ speist sich aus alten Sprachen und ist geeignet, Geschichte zu verdichten und gesamtgesellschaftliches Empfinden zu beschreiben. Das griechische „Krisis“ markiert einen Entscheidungs- und Wendepunkt, das lateinische „Modus“, die Art und Weise wie man damit umgeht. Damit bleibt für uns in Ahlen die größte Hoffnung, dass wir nicht verzagen und auch diese Krise als Chance nutzen. Als größte Stadt im Kreis, mit 800 jähriger Geschichte können wir stolz auf das Erreichte sein und mutig in die Zukunft blicken. Dazu gehört auch ein buntes, selbstbewusstes Stadtjubiläum mit all unseren Vereinen, Institutionen, Nationen, Religionen, einfach mit sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern zu feiern! Die entsprechenden finanziellen Mittel dafür haben wir in den Haushalt eingestellt! Jetzt liegt es an uns, diese auch einfach mal „auszugeben“ und im Februar gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten auf das Stadtjubiläum „anzustoßen“! 800 Jahre Ahlen – 800 Jahre wir!

Jetzt möchte ich unseren geschätzten Kämmerer, Herrn Schlebes, um seine Erläuterungen bitten. Ihm und seinem Team, aber auch allen anderen Fachbereichen danke ich für die, in diesem Jahr besonders intensiven Sparbemühungen und arbeitsintensiven Vorbereitungen.

Wie üblich stehen Ihnen Frau Kosbab, Herr Köpp, Herr Schlebes, die weiteren Fachbereichsleiter und ich in Fraktionssitzungen und auf Haushaltsklausuren uneingeschränkt zur Verfügung. Laden Sie uns ein, diskutieren Sie mit uns!

Ich wünsche Ihnen in den Ausschüssen und Fraktionen konstruktive und zielorientiert Beratungen, um im nächsten Jahr die notwendigen Haushaltsbeschlüsse für die Zukunft unserer Stadt treffen zu können.

Ihnen allen einen schönen und besinnlichen Advent, eine friedliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in unser 800-jähriges Jubiläumsjahr.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.